

Knapp davongekommen

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Unterschiede zwischen Umfragen und dem tatsächlichen Ergebnis. Die Umfragen wurde von der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrage des ZDF drei Tage vor der Wahl am 1. September veröffentlicht.

Brandenburg

Umfrage	%	Ergebnis	Differenz
SPD	22	26,2	+ 4,2
CDU	16,5	15,6	- 0,9
Grüne	14,5	10,8	- 3,7
Linke	14	10,7	- 3,3
FDP	5	4,1	- 0,9
AfD	21	23,5	+ 2,5

Natürlich begründen Umfrageinstitute das mit dem Unsicherheitsfaktor von drei Prozent plus oder minus. Dennoch: bei der SPD lag die FGW deutlich daneben, ebenso bei den Grünen, der Linken und der AfD.

Und in Sachsen:

Umfrage	%	Ergebnis	Differenz
SPD	8,5	7,7	- 0,8
CDU	32	32,1	+ 0,1
Grüne	11	8,6	- 2,4
Linke	14	10,4	- 3,6
FDP	5	4,5	- 0,5
AfD	24,5	27,5	+ 3

Ausgenommen bei der CDU, gibt es auch hier deutliche Unterschiede zwischen der Umfrage und dem tatsächlichen Ergebnis. Was lernen wir daraus? Sich von Umfragen nicht nervös machen zu lassen.

Eine weitere Erkenntnis ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nämlich bis zum letzten Tag kämpfen zu müssen. Der Wahlkampf wird nicht allein in den Medien entschieden, sondern auch durch den persönlichen Kontakt. **Dietmar Woidke** hat vermutlich jeden Brandenburger die Hand geschüttelt, ebenso **Michael Kretschmer** in Sachsen. Der persönliche Kontakt zu einem Politiker kann die Meinung eines unentschlossenen Wählers immer noch beeinflussen.

Festzuhalten bleibt, dass die Grünen zwar mit 4,5 Prozent zu der Wahl vor fünf Jahren zugelegt haben, aber längst nicht so viel wie vorhergesagt. Auch grüne Bäume wachsen nicht in den Himmel. Die CDU

und die Linke haben in Brandenburg ein richtiges Problem, - 7,4 bzw. - 7,9% muss wirklich schmerzen. Die 5,7 Minuspunkte der SPD sind auch äußerst unschön, am Ende zählt aber, wer als erster durchs Ziel ging. Dass die FDP in beiden Ländern, trotz Zugewinnen, nicht über die fünf Prozent kam, macht es für die anderen leichter, eine Koalition zu schmieden.

Vorbei sind die Zeiten der Zweierbündnisse. Jetzt wird es in Brandenburg und Sachsen auf Dreier-Koalitionen hinauslaufen. Die demokratischen Kräfte müssen sich gegen Rechts sammeln. Hoffentlich bieten sie dabei ein möglichst großes Bild der Geschlossenheit, denn alles andere würde nur der AfD wieder zugutekommen.

Dass die AfD noch deutlich besser in beiden Ländern abschnitt als vorhergesagt, ist genauso erschreckend wie ihr Ergebnis überhaupt. Fast ein Viertel bzw. ein Drittel der Wähler haben bei der AfD ihr Kreuz gemacht.

30 Jahre nach dem Mauerfall ist die Deutsche Einheit noch nicht vollendet, was nicht zu begreifen ist. Löhne und Renten hätten längst angeglichen werden müssen. Dass sich Menschen, wie es so furchtbar heißt „abgehängt“ fühlen, ist verständlich, nicht aber, dass sie dafür den Geflüchteten die Schuld geben. Waren bisher die Linken die Kümmerer der Ostdeutschen, präsentiert sich jetzt die AfD in dieser Rolle. Bei der Linken stimmten wenigstens die Biografien der Funktionäre, während die AfD im Wesentlichen eine West-Import-Partei ist. Merken die Ostdeutschen nicht, dass sie von Besser-Wessis verscheißert werden, die nichts über Ostdeutsche und deren Leben wissen und nichts für sie tun werden.

Protestwahlen ist sicherlich ein besseres Mittel als gar nicht wählen zu gehen. Im Osten haben die Linken davon profitiert, weil viele Menschen den Westparteien nicht trauten. Die Grünen sind einst als Protestpartei gestartet. Alles in Ordnung.

Gestern war der 1. September. Weltweit wurde an den Beginn des II. Weltkrieges gedacht. Zahlreiche Gedenkveranstaltungen und Dokumentationen im Fernsehen erinnert daran. Wie kann jemand angesichts dieses Kapitels der deutschen Geschichte eine Partei wählen, der eine deutliche Nähe zu dem Rand in der Gesellschaft nachgesagt wird, aus dem das Unheil hervorging? Allein der Verdacht, dass es in der AfD Rechtsextreme gibt, müsste ausreichen, um diese Partei nicht zu wählen. Ja, ich weiß, nicht alle AfD-Wähler sind Nazis. Aber jeder AfD-Wähler macht sich mitschuldig, dass diese Leute in den Parlamenten sitzen. Wenn die demokratischen Kräfte in den nächsten fünf Jahren nicht liefern und überzeugen, steht die AfD 2024 auf den ersten Plätzen.

Ed Koch